

Bürgerinitiative Fideliswiese

St. Ingbert, 19. Januar 2026

Rosenstraße 33

66386 St. Ingbert

Tel.: 06894 3894521

An die

Stadtverwaltung St. Ingbert

Abteilung Stadtentwicklung, Demografie und Mobilität

Am Markt 12

66386 St. Ingbert

**Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 903a.01
„Teiländerung Verlängerte Albert-Weisgerber-Allee“ in St. Ingbert**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nehmen wir als Anwohnerinitiative zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 903a.01 wie folgt Stellung.

Der Bebauungsplan sieht die Errichtung einer Wohnanlage mit bis zu 46 Wohneinheiten, drei Vollgeschossen sowie einem Staffelgeschoss vor. Die geplante Gebäudehöhe von rund 14 Metern sowie die erhebliche Ausdehnung des Baukörpers mit 53 Metern Breite stellen eine gravierende Abweichung von der bestehenden Bebauungsstruktur des Quartiers dar.

Städtebauliche Auswirkungen

Insbesondere die Dimensionierung des Gebäudes ist mit der vorhandenen Bebauung nicht vereinbar. Der geplante Neubau würde die angrenzenden Wohnhäuser in der Purrmannstraße, den ehemaligen Bauernhof sowie die Südschule deutlich überragen und damit die bisherige

Maßstäblichkeit des Viertels nachhaltig verändern. Eine städtebaulich verträgliche Anpassung an das gewachsene Umfeld ist in der vorliegenden Planung nicht erkennbar.

Darüber hinaus würde die geplante Bebauung die Sichtbeziehungen zum denkmalgeschützten Fidelishaus erheblich beeinträchtigen. Dieser Aspekt ist aus unserer Sicht in der Begründung des Bebauungsplans nicht ausreichend gewürdigt. Die Auswirkungen auf das Denkmalumfeld müssen jedoch zwingend Teil der planerischen Abwägung sein.

Insgesamt halten wir das Vorhaben in seiner vorgesehenen Höhe und Kubatur für städtebaulich nicht vertretbar. Eine nachvollziehbare Begründung, warum eine derart massive Bebauung an dieser Stelle erforderlich und angemessen sein soll, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Verkehrssituation und Verkehrssicherheit

Besonders kritisch bewerten wir die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens. Für 46 Wohneinheiten sind lediglich 69 Stellplätze vorgesehen. Bereits heute ist die nur etwa sechs Meter breite St.-Fidelis-Straße durch hohen Parkdruck und ein komplexes Verkehrsaufkommen stark belastet. Dieses setzt sich aus Anwohnerverkehr, dem täglichen Bring- und Abholverkehr der Südschule, Lehrkräften, Besuchern, Personal und Lieferanten des Seniorenheims, Busverkehr sowie Durchgangsverkehr zusammen.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die zusätzliche Wohnbebauung zu einer spürbaren weiteren Verschärfung der Verkehrssituation führen wird. Insbesondere im Bereich des unmittelbaren Zugangs zur Südschule ist eine Zunahme von Konfliktsituationen zwischen Fußgängern, Radfahrern und motorisiertem Verkehr konkret zu erwarten.

Aus unserer Sicht wird die Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder – durch das Vorhaben erheblich beeinträchtigt. Dieser Aspekt ist von besonderem Gewicht und darf im Rahmen der Abwägung nicht relativiert werden. Eine Erhöhung des Unfallrisikos im Umfeld einer Grundschule kann nicht im öffentlichen Interesse liegen.

Zusammenfassende Bewertung

Vor dem Hintergrund der dargestellten städtebaulichen und verkehrlichen Auswirkungen halten wir die geplante Gebäudehöhe sowie die Anzahl der Wohneinheiten für nicht angemessen. Die vorliegende Planung lässt eine ausreichende Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Belange, der Verkehrssicherheit sowie des bestehenden Ortsbildes nicht erkennen.

Wir halten daher eine Überarbeitung des Bebauungsplans für zwingend erforderlich. Insbesondere sind eine Reduzierung der Gebäudehöhe sowie eine maßvollere Bebauung zu prüfen, die sich besser in das bestehende Quartier einfügt und die Verkehrssituation nicht weiter verschärft.

Wir bitten darum, unsere Einwände im weiteren Verfahren umfassend und nachvollziehbar in die Abwägung einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dominik Graus

**Stadtentwicklung
u. Bauen**

Klaus Ackermann

20. Jan. 2026

Bürgerinitiative Fideliswiese

.....

erhalten am 20. Januar 2026

per 41